

Sowjetischer Presse-Kommentar (8. Juli 1965)

Quelle: TASS. 08.07.1965. [s.l.]: TASS.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL: http://www.cvce.eu/obj/sowjetischer_presse_kommentar_8_juli_1965-de-bbe7a994-8a6b-4dfa-ad70-3f6ec880367f.html

Publication date: 23/10/2012

Sowjetischer Presse-Kommentar (8. Juli 1965)

PRAWDA-Kommentar zur Krise des "Gemeinsamen Marktes"

Moskau, 8.7.65 (TASS/dt./engl.)

"Jetzt wird es immer klarer, dass die Ursachen der tiefen Krise, die der Gemeinsame Markt durchmacht, in einem Zusammenprall der wirtschaftlichen und politischen Interessen des französischen Kapitalismus mit denen seiner EWG-Partner, vor allem der BRD liegen", schreibt der Pariser PRAWDA-Korrespondent, Boris Kotow.

Der Verfasser kommentiert den Beschluss der französischen Regierung, ihren ständigen Vertreter aus den leitenden Gremien des Gemeinsamen Marktes abzurufen, und schreibt: "Die von Paris gefassten Beschlüsse bedeuten keinen diplomatischen Bruch mit den EWG-Organen. Wie aber mehrere hiesige Presseorgane vermerken, bezweckt Frankreich mit seiner Weigerung, über die weitere Evolution des "Gemeinsamen Marktes" zu verhandeln, die westeuropäische Wirtschaftsgemeinschaft in ihrem jetzigen Stadium einzufrieren".

Was in Brüssel geschehen ist, hat Paris gezeigt, wie illusorisch die Hoffnung auf "guten Willen" seiner rivalisierenden Partner ist. Diese "Partner" und in erster Linie die BRD nutzten den Umstand aus, dass Frankreich als eine Art Bittsteller auftrat, und erachteten es für möglich, Zugeständnisse in wichtigen politischen Fragen, insbesondere bei der Beschleunigung einer "politischen Integration" und der Schaffung übernationaler Organe von Frankreich zu fordern.

Bedenkt man, dass ab 1. Januar 1966 alle Beschlüsse in den EWG-Körperschaften nicht einstimmig angenommen werden sollen, wie dies jetzt der Fall ist, sondern mit einer Stimmenmehrheit, so wird es klar, warum Paris auf massiven Druck der Befürworter der "politischen Integration", unter denen Westdeutschland den Ton angibt, so scharf reagierte.

"Die Schritte, die Frankreich zum Schutz seiner Interessen vor westdeutschen Anschlägen unternimmt, rufen in Bonn Unwillen hervor. Es wirft der de Gaulle-Regierung vor, sie greife zu Druckmitteln, ähnlich den Methoden, die sonst gegen Feinde angewandt werden", schreibt Kotow.

TASS: Akuteste und schwerste Krise der EWG seit ihrem Bestehen

Paris, 8.7.65 (TASS/dt./engl.)

Der TASS-Korrespondent Juri Lopatin berichtet:

Der Gemeinsame Markt macht heute die akuteste und die schwerste Krise seit seinem Entstehen durch. Seine Existenz ist in Frage gestellt. So bewerten ausnahmslos alle Pariser politischen Beobachter - sowohl die Gegner als auch die Anhänger der europäischen Integration - den jetzigen Konflikt im Inneren Kleineuropas. ECHO, FIGARO, AURORE und viele andere französische Presseorgane meinen, der Gemeinsame Markt sei lahmgelegt und befände sich am Rande der Vernichtung.

In verschiedenen Kommissionen und Ausschüssen Kleineuropas in Brüssel werden noch die Sitzungen fortgesetzt, läuft noch die riesige Verwaltungsmaschinerie entsprechend dem Trägheitsgesetz. Doch alle begreifen, daß es ein Leerlauf ist: juristisch gesehen, sollen alle Beschlüsse in den verschiedenen Körperschaften der Sechsergruppe einstimmig angenommen werden, und das Fehlen der französischen Vertreter entkräftet sie.

Frankreich hat bekanntlich seinen Vertreter Boegner im Gemeinsamen Markt abgerufen und die französischen Administratoren, Experten, Agenten und Vertreter in verschiedenen europäischen Körperschaften wurden angewiesen, von der Teilnahme an der Tätigkeit des Gemeinsamen Markts, des Euratom und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl Abstand zu nehmen. Der Stellvertreter

des ständigen Vertreters Frankreichs, Ulrich, der in Brüssel geblieben ist, forderte die Aufhebung der für den 13. Juli angesetzten Ratssitzung der Montan-Union. Wegen des Boykotts der französischen Experten wurde die Tätigkeit mehrerer Ausschüsse in Genf faktisch lahmgelegt, die sich mit der Vorbereitung der sogenannten Kennedy-Runde (für den Herbst angesetzte Tarif-Verhandlungen zwischen den USA und dem Gemeinsamen Markt) befassen.

Die französische Regierung beharrt indessen auf ihrem Standpunkt, und französische offizielle Persönlichkeiten bestätigen, daß Frankreich seine Haltung nicht ändern werde, solange die Partner keine Bereitschaft bekunden, die früher übernommenen Verpflichtungen auch zu erfüllen.

Wirtschaftlich ist Frankreich in erster Linie an der Schaffung eines landwirtschaftlichen "gemeinsamen Marktes" interessiert, durch dessen Vermittlung es seine Agrarerzeugnisse leichter an den Mann zu bringen hoffte. Gerade zu diesem Zweck ging es seinerzeit darauf ein, einen industriellen "gemeinsamen Markt" zu gründen. 1962 wurde ein provisorisches System zur Finanzierung der Landwirtschaft der sechs Länder eingerichtet, dessen Gültigkeit am 30. Juni 1965 abgelaufen ist. Anschließend sollte laut Vereinbarung zwischen den EWG-Partnern ein neuer Vertrag für die Zeit bis 1970 in Kraft treten. Dieser neue Vertrag sollte praktisch die Ausdehnung der Bestimmungen des "Gemeinsamen Marktes" auch auf die Landwirtschaft verankern. Je näher aber dieser Zeitpunkt rückte, desto weniger Willfährigkeit zeigten Frankreichs Partner in "Kleineuropa" - insbesondere Westdeutschland, Italien und die Niederlande - und die wirtschaftlichen Gegensätze unter den "Sechs" wurden in zunehmendem Maße offenbar.

In der Nacht zum 1. Juli nahm die Diskussion der Mitglieder "Kleineuropas" in Brüssel einen dramatischen Charakter an. Im Sitzungssaal wurde sogar die Uhr abgestellt, um die Illusion zu erwecken, die Zeit stehe still - damit die Minister, sei es auch spät nach Mitternacht, das Datum 30. Juni in das Abkommen aufnehmen könnten. Aber selbst dieser Trick half nichts, und es wurde kein Übereinkommen erreicht. Die Partner Frankreichs knüpften an die Agrarpolitik eine Reihe neuer Vorbedingungen; sie verlangten unter anderem, daß das "Europa-Parlament" über die Entschädigungsmittel verfüge.

Der französischen Delegation riß endlich die Geduld, und es kam zum offenen Bruch. Die Verhandlungen wurden abgebrochen, wobei keine neuen Kontakte vorgesehen waren. Seitdem ist eine Woche vergangen, doch auch heute sind keine Perspektiven für eine Regelung der Krise zu bemerken. Mehr noch, die Krise spitzt sich offensichtlich zu: Frankreich blockiert jede Tätigkeit der Europa-Organisationen und die Presse schreibt jetzt, die französische Regierung könne die Zolltarife wieder auf das Niveau von vor dem 1. Januar 1965 erhöhen. Das ist aber sozusagen die Außenseite des Konflikts.

Unterrichtete Beobachter sehen die Hintergründe der jetzigen Krise darin, dass zwischen den "Integrationsbestrebungen" der Partner Frankreichs in "Kleineuropa", die eine Fusion der Sechsergruppe zu einer einheitlichen Föderation durch Preisgabe der nationalen Selbständigkeit zugunsten eines "übernationalen" leitenden Organs anstreben, und dem politischen Konzept des Präsidenten de Gaulle eine abgrundtiefe Kluft besteht, der sich für ein "Europa der Vaterländer", das heißt für ein Bündnis der Europa-Staaten unter Beibehaltung ihrer nationalen Souveränität und Eigenart einsetzt. In der letzten Zeit ist aus Reden und Äußerungen de Gaulles immer deutlicher die Abneigung herauszuhören, ein solches von den Vereinigten Staaten unabhängiges Europa nur auf den Rahmen der Sechsergruppe allein zu beschränken. Die Aufmerksamkeit ziehen auf sich Äußerungen französischer Staatsmänner, dass zwischen Ländern Ost- und Westeuropas normale und friedliche Beziehungen notwendig sind.